

1973	Ausgegeben zu Bonn am 3. März 1973	Nr. 9
Tag	Inhalt	Seite
5. 2. 73	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien über finanzielle Zusammenarbeit	93
12. 2. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens	95
13. 2. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr und des Genfer Abkommens zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	95
13. 2. 73	Bekanntmachung von Erklärungen zu dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und über den Geltungsbereich des Protokolls über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	96
15. 2. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens über Internationale Ausstellungen und der Protokolle zur Änderung des Abkommens	97
15. 2. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)	97
27. 2. 73	Bekanntmachung von dem Generalsekretär des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens zugegangenen Antworten zur Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungshilfe	98

**Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 5. Februar 1973

In Algier ist am 19. Dezember 1972 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 6

am 19. Dezember 1972

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 5. Februar 1973

Der Bundesminister für Wirtschaft
Im Auftrag
Dr. Hanemann

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
über finanzielle Zusammenarbeit**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der
Demokratischen Volksrepublik Algerien

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Demokratischen Volksrepublik Algerien,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zu festigen und weiterzuentwickeln,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu fördern und zu vertiefen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Banque Algérienne de Développement (Algier), bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Frankfurt am Main) zur Finanzierung von Vorhaben, die im Hinblick auf ihre Auswirkung auf die Entwicklung der algerischen Wirtschaft gemeinsam ausgewählt wurden, Darlehen bis zur Höhe von insgesamt 70 Millionen Deutsche Mark aufzunehmen.

Artikel 2

(1) Die Bedingungen der Verwendung dieser Darlehen werden in den zwischen der Banque Algérienne de Développement und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträgen festgelegt. Diese Verträge unterliegen den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die Laufzeit der Darlehen beträgt 30 Jahre einschließlich 10 tilgungsfreier Jahre, gerechnet vom Zeitpunkt der Unterzeichnung der Darlehensverträge an. Der Zinssatz beträgt 2 %.

(3) Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien übernimmt die Garantie für die vertraglichen Verpflichtungen, die sich für die Banque Algérienne de Développement aus den Darlehensverträgen ergeben.

Artikel 3

Die Banque Algérienne de Développement wird sämtliche auf Grund der in Artikel 2 erwähnten Darlehensverträge zu leistenden Zahlungen ohne Abzug für Steuern und Abgaben erbringen.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird die Darlehen ohne Abzug für Steuern und Abgaben auszahlen.

Artikel 4

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus den Darlehen gemäß Artikel 1 bezahlt werden, sind international auszuschreiben, sofern nicht im Einzelfall zwischen der Banque Algérienne de Développement und der Kreditanstalt für Wiederaufbau etwas Abweichendes festgelegt wird.

Artikel 5

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Algerien innerhalb von 3 Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Algier, am 19. Dezember 1972 in vier Urschriften, je zwei in deutscher und in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
G. van Well
G. Moltmann

Für die Regierung
der Demokratischen Volksrepublik Algerien
F. Lounes

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens**

Vom 12. Februar 1973

Das Übereinkommen vom 30. Juni 1967 zur Durchführung von Artikel VI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1183, 1200) ist nach seinem Artikel 13 für

Spanien am 19. Dezember 1972
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1513).

Bonn, den 12. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls
über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr und des Genfer Abkommens
zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche**

Vom 13. Februar 1973

Mauritius hat in einer am 18. Juli 1969 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangenen Note erklärt, daß es sich vom Tage seiner Unabhängigkeit — dem 12. März 1968 — ab, an das vom Vereinigten Königreich ratifizierte Genfer Protokoll vom 24. September 1923 über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 47) sowie an das gleichfalls vom Vereinigten Königreich ratifizierte Genfer Abkommen vom 26. September 1927 zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1067), die vor Erlangung der Unabhängigkeit von dem Vereinigten Königreich auf sein Gebiet erstreckt worden waren, gebunden betrachtet.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Dezember 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 791), vom 13. März 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 116) und vom 21. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. II S. 2126).

Bonn, den 13. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

**Bekanntmachung
von Erklärungen zu dem Abkommen über die Rechtsstellung
der Flüchtlinge und über den Geltungsbereich des Protokolls
über die Rechtsstellung der Flüchtlinge**

Vom 13. Februar 1973

Ecuador und Luxemburg haben am 1. Februar 1972 bzw. am 22. August 1972 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen nach Artikel 1 Abschnitt B Absatz 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. 1953 II S. 559) erklärt, daß für die Zwecke ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen die Worte

(Übersetzung)

"events occurring before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind“

in dem Sinne verstanden werden, daß es sich um

(Übersetzung)

"events occurring in Europe or elsewhere before 1 January 1951" „Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind“

handelt.

Die Schweiz hat den zu Artikel 17 Abs. 1 des Abkommens bei der Hinterlegung der Beitrittsurkunde gemachten Vorbehalt am 3. Juli 1972 nach Artikel 42 Abs. 2 zurückgenommen.

Das Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1293) ist nach seinem Artikel VIII Abs. 2 für

Brasilien

am 7. April 1972

in Kraft getreten.

Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Brasilien seine Vorbehalte zu den Artikeln 15 und 17 Absätze 1 und 3 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zurückgenommen und erklärt, daß

(Übersetzung)

"refugees will be granted the same treatment accorded to nationals of foreign countries in general, with the exception of the preferential treatment extended to nationals of Portugal through the Friendship and Consultation Treaty of 1953 and Article 199 of the Brazilian Constitutional Amendment No. 1 of 1969". „Flüchtlingen dieselbe Behandlung gewährt wird, die Angehörigen fremder Staaten im allgemeinen eingeräumt wird; ausgenommen hiervon ist die Staatsangehörigen Portugals auf Grund des Freundschafts- und Konsultationsvertrags von 1953 und des Artikels 199 der Brasilianischen Verfassungsänderung Nr. 1 von 1969 gewährte Vorzugsbehandlung“.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 14. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 506), vom 25. Mai 1954 (Bundesgesetzbl. II S. 619), vom 18. April 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 604), vom 16. Februar 1961 (Bundesgesetzbl. II S. 140) und vom 4. Oktober 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1471).

Bonn, den 13. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens über Internationale Ausstellungen
und der Protokolle zur Änderung des Abkommens

Vom 15. Februar 1973

Das Abkommen vom 22. November 1928 über Internationale Ausstellungen (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 727) mit den Änderungsprotokollen vom 10. Mai 1948 (Bundesgesetzbl. 1956 II S. 2087) und 17. November 1965 (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 509) ist nach seinem Artikel 36 für

Brasilien am 5. Dezember 1970

Spanien am 3. Dezember 1971

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 25. Mai und 6. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. II S. 470 und 668).

Bonn, den 15. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR)

Vom 15. Februar 1973

Das Europäische Übereinkommen vom 30. September 1957 über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) — Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1489 — ist nach seinem Artikel 7 Abs. 2 für

Spanien am 22. Dezember 1972

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. August 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 983).

Bonn, den 15. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Bekanntmachung
von dem Generalsekretär des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete
des Zollwesens zugegangenen Antworten zur Empfehlung des Rates
über gegenseitige Verwaltungshilfe

Vom 27. Februar 1973

Der Generalsekretär des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens hat zur Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungshilfe vom 5. Dezember 1953 (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1500) die Antworten weiterer fünf Mitgliedstaaten erhalten. Die Antworten der Mitgliedstaaten Zypern, Vereinigte Staaten von Amerika, Republik Korea, Indien und Algerien, die der Generalsekretär des Rates mit fünf Schreiben vom 9. und 31. Mai sowie vom 4. Oktober 1972 mitgeteilt hat, werden nachstehend gemäß § 46 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929 (Reichsgesetzbl. 1929 I S. 239, 1930 I S. 28), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 19. Dezember 1964 (Bundesgesetzbl. 1964 I S. 1067, 1081), bekanntgemacht.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 24. März 1972 (Bundesgesetzblatt 1972 II S. 271).

Bonn, den 27. Februar 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Schüler

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Erkel

(Übersetzung)

CONSEIL DE COOPÉRATION DOUANIÈRE
CUSTOMS CO-OPERATION COUNCIL

RAT FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT
AUF DEM GEBIETE DES ZOLLWESENS

Le Secrétaire Général
L/72.1216
T2—02

Der Generalsekretär
L/72.1216
T2—02

Bruxelles, 9 mai 1972

Brüssel, den 9. Mai 1972

Monsieur
le Ministre Fédéral des Finances
Bonn
(Allemagne)

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
Bonn
Deutschland

Objet : Réponses des Etats membres relatives à la Re-
commandation sur l'assistance mutuelle ad-
ministrative.

Betr.: Antworten der Mitgliedstaaten zu der Empfeh-
lung über gegenseitige Verwaltungshilfe

Le Secrétariat général a reçu la réponse suivante con-
cernant la Recommandation sur l'assistance mutuelle
administrative:

Das Generalsekretariat hat die folgende Antwort zu
der Empfehlung über gegenseitige Verwaltungshilfe er-
halten:

Chypre :

"The Embassy of the Republic of Cyprus presents its
compliments ... and has the honour to inform him that
the following Recommendations of the Customs Co-
operation Council are acceptable to the Cyprus Govern-
ment and are already applied in the Republic of Cyprus
under the existing Laws and Regulations: —

Zypern :

„Die Botschaft der Republik Zypern ... beehrt sich
mitzuteilen, daß die folgenden Empfehlungen des Rates
für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens
für die zyprische Regierung annehmbar sind und in der
Republik Zypern bereits nach den geltenden Rechts- und
Verwaltungsvorschriften angewendet werden:

.....

.....

The Embassy further wishes to inform the Secretary
General that the following Recommendations of the
Customs Co-operation Council are acceptable to the
Cyprus Government and will be applied in the Republic
of Cyprus subject to the strictest reciprocity by other
Customs Administrations: —

Die Botschaft teilt dem Generalsekretär ferner mit, daß
die folgenden Empfehlungen des Rates für die Zusam-
menarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens für die
zyprische Regierung annehmbar sind und unter dem Vor-
behalt strengster Gegenseitigkeit von seiten der anderen
Zollverwaltungen in der Republik Zypern angewendet
werden:

1. Recommendation of the Council on Mutual Admini-
strative Assistance.
2."

1. Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungs-
hilfe.
2."

(Extrait de la lettre du 20 janvier 1972, n° 123/71 de
l'Ambassade de la République de Chypre à Bruxelles.)

(Auszug aus dem Schreiben der Botschaft der Republik
Zypern in Brüssel vom 20. Januar 1972 Nr. 123/71)

Chevalier Annez de T a b o a d a

Chevalier Annez de T a b o a d a

(Übersetzung)

CONSEIL DE COOPÉRATION DOUANIÈRE
CUSTOMS CO-OPERATION COUNCIL

RAT FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT
AUF DEM GEBIETE DES ZOLLWESENS

Le Secrétaire Général
L/72.1217
T2—02

Der Generalsekretär
L/72.1217
T2—02

Bruxelles, 9 mai 1972

Brüssel, den 9. Mai 1972

Monsieur
le Ministre Fédéral des Finances
B o n n
(Allemagne)

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
B o n n
Deutschland

Objet : Réponses des Etats membres relatives à la
Recommandation sur l'assistance mutuelle ad-
ministrative.

Betr.: Antworten der Mitgliedstaaten zu der Empfeh-
lung über gegenseitige Verwaltungshilfe

Le Secrétariat général a reçu la réponse suivante con-
cernant la Recommandation sur l'assistance mutuelle
administrative:

Das Generalsekretariat hat die folgende Antwort zu
der Empfehlung über gegenseitige Verwaltungshilfe er-
halten:

Etats-Unis:

"The Embassy of the United States of America presents
its compliments ... and has the honour to inform the
Council that the United States accepts without reserva-
tion the Recommendation of the Council on Mutual Ad-
ministration Assistance (December 5, 1953) ..."

(Extrait de la lettre du 27 mars 1972 de l'Ambassade
des Etats-Unis à Bruxelles.)

Vereinigte Staaten:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika
... beehrt sich, dem Rat mitzuteilen, daß die Vereinigten
Staaten die Empfehlung des Rates über gegenseitige Ver-
waltungshilfe (5. Dezember 1953) vorbehaltlos anneh-
men ..."

(Auszug aus dem Schreiben der Botschaft der Vereinigten
Staaten in Brüssel vom 27. März 1972)

Chevalier Annez de T a b o a d a

Chevalier Annez de T a b o a d a

(Übersetzung)

CONSEIL DE COOPÉRATION DOUANIÈRE
CUSTOMS CO-OPERATION COUNCIL

RAT FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT
AUF DEM GEBIETE DES ZOLLWESENS

Le Secrétaire Général
L/72.1218
T2—02

Bruxelles, 9 mai 1972

Der Generalsekretär
L/72.1218
T2—02

Brüssel, den 9. Mai 1972

Monsieur
le Ministre Fédéral des Finances
B o n n
(Allemagne)

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
B o n n
Deutschland

Objet: Réponses des Etats membres relatives à la
Recommandation sur l'assistance mutuelle ad-
ministrative.

Betr.: Antworten der Mitgliedstaaten zu der Empfeh-
lung über gegenseitige Verwaltungshilfe

Le Secrétariat général a reçu la réponse suivante
concernant la Recommandation sur l'assistance mutuelle
administrative:

Das Generalsekretariat hat die folgende Antwort zu
der Empfehlung über gegenseitige Verwaltungshilfe er-
halten:

C o r e e (République):

"I have the honour to inform you that the Government
of the Republic of Korea has decided to accept the
following recommendations:

1. Recommendation of the council on mutual adminis-
trative assistance,
2."

(Extrait de la lettre du 4 janvier 1972 de Son Excellence
Monsieur Il Yung Chung, Ambassadeur à Bruxelles.)

Chevalier Annez de T a b o a d a

R e p u b l i k K o r e a :

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung
der Republik Korea beschlossen hat, die folgenden Empfeh-
lungen anzunehmen:

1. Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungs-
hilfe,
2."

(Auszug aus dem Schreiben Seiner Exzellenz des Bot-
schafers in Brüssel, Herrn Il Yung Chung, vom 4. Januar
1972)

Chevalier Annez de T a b o a d a

(Übersetzung)

CONSEIL DE COOPÉRATION DOUANIÈRE
CUSTOMS CO-OPERATION COUNCIL

RAT FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT
AUF DEM GEBIETE DES ZOLLWESENS

Le Secrétaire Général
L/72.1414
T2—02

Der Generalsekretär
L/72.1414
T2—02

Bruxelles, 31 mai 1972

Brüssel, den 31. Mai 1972

Monsieur
le Ministre Fédéral des Finances
B o n n
(Allemagne)

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
B o n n
Deutschland

Objet : Réponses des Etats membres relatives à la Re-
commandation sur l'assistance mutuelle ad-
ministrative.

Betr.: Antworten der Mitgliedstaaten zu der Empfeh-
lung über gegenseitige Verwaltungshilfe

Le Secrétariat général a reçu la réponse suivante
concernant la Recommandation sur l'assistance mutuelle
administrative:

Das Generalsekretariat hat die folgende Antwort zu
der Empfehlung über gegenseitige Verwaltungshilfe er-
halten:

Inde :

"The Embassy of India, Brussels has the honour to
refer to the Council's recommendation on Mutual Ad-
ministrative Assistance (December 1953) and to say that
the Government of India accepts the recommendation
and it is intended to apply it to all types of Customs
frauds ..."

(Extrait de la lettre du 17 mai 1972, réf. BRU. 241/11/1/72
de l'Ambassade de l'Inde à Bruxelles.)

Indien :

„Die Indische Botschaft in Brüssel beehrt sich, auf die
Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungs-
hilfe (Dezember 1953) Bezug zu nehmen und mitzuteilen,
daß die indische Regierung die Empfehlung annimmt und
beabsichtigt, sie auf Zollwiderhandlungen aller Art an-
zuwenden ...“

(Auszug aus dem Schreiben der indischen Botschaft in
Brüssel vom 17. Mai 1972 Az. BRU. 241.11/1/72)

Chevalier Annez de T a b o a d a

Chevalier Annez de T a b o a d a

(Übersetzung)

CONSEIL DE COOPÉRATION DOUANIÈRE
CUSTOMS CO-OPERATION COUNCIL

RAT FÜR DIE ZUSAMMENARBEIT
AUF DEM GEBIETE DES ZOLLWESENS

Le Secrétaire Général
L/72.2487
T2—02

Der Generalsekretär
L/72.2487
T2—02

Bruxelles, 4 octobre 1972

Brüssel, den 4. Oktober 1972

Monsieur
le Ministre Fédéral des Finances
B o n n
(Allemagne)

An den
Herrn Bundesminister der Finanzen
B o n n
Deutschland

Objet : Réponses des Etats membres relatives à la Re-
commandation sur l'assistance mutuelle ad-
ministrative.

Betr.: Antworten der Mitgliedstaaten zu der Empfeh-
lung über gegenseitige Verwaltungshilfe

Le Secrétariat général a reçu la réponse suivante con-
cernant la Recommandation sur l'assistance mutuelle
administrative:

Das Generalsekretariat hat die folgende Antwort zu
der Empfehlung über gegenseitige Verwaltungshilfe er-
halten:

Algérie :

Algerien :

« L'Ambassade de la République Algérienne Démo-
cratique et Populaire à Bruxelles a l'honneur de porter
à la connaissance du Conseil de Coopération Douanière
que son Gouvernement ayant examiné les recommanda-
tions du Conseil de Coopération Douanière, déclare ac-
cepter celles désignées ci-après:

„Die Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Alge-
rien in Brüssel beehrt sich, dem Rat für die Zusammen-
arbeit auf dem Gebiete des Zollwesens mitzuteilen, daß
ihre Regierung nach Prüfung der Empfehlungen des Rates
die Annahme der nachstehend bezeichneten Empfehlun-
gen erklärt:

1 — Recommandation du Conseil sur l'Assistance Mu-
tuelle Administrative
..... »

1. Empfehlung des Rates über gegenseitige Verwaltungs-
hilfe
.....“

(Extrait de la lettre du 11 août 1972, réf. No 679/ACS/72
de l'Ambassade de la République Algérienne Démocra-
tique et Populaire à Bruxelles.)

(Auszug aus dem Schreiben der Botschaft der Demokra-
tischen Volksrepublik Algerien in Brüssel vom 11. August
1972 Az. 679/ACS/72)

Chevalier Annez de T a b o a d a

Chevalier Annez de T a b o a d a

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1972 – Format DIN A 4 – Umfang 344 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und ihren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preise von je DM 7,- zuzüglich je DM 0,90 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postauschnitt für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn I, Postfach 624, Tel. (0 22 21) 22 40 86 bis 88.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,- DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung bzw. Nachnahme.

Preis dieser Ausgabe: 0,85 DM zuzüglich Versandgebühr 0,15 DM, bei Lieferung gegen Vorausrechnung zuzüglich Portokosten für die Vorausrechnung. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.